Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. ie Millimeter (Preisliste Nr. 3 gültig vom 1. 1. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 5 | Sonntag, den 6. Januar 1935 | Jahrgang 1935

Ein europäischer Friedensplan Mussolinis?

Vorschlag eines östlichen Sicherheitspaktes.

£ **London**, 5. Januar.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" ist der Ansicht, daß die römischen Besprechungen zwischen Mussolini und Außenminister Laval voraussichtlich einen noch weiteren Umfang annehmen werden, als man zuerst erwartet habe.

Außer dem geplanten Garantieprotokoll für die Unabhängigkeit Oesterreichs sei mit einem Vorschlag Mussolinis zu rechnen, daß Laval erneut an die Frage eines östlichen Sicherheitspaktes, der Sowjetrußland, Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei umfassen würde, herangehen möge.

Man schreibe Mussolini die Ansicht zu, daß der Grundsatz der „gegenseitigen Nichteinmischung", der im Falle Oesterreich vorgesehen sei, auch nützlicherweise an anderer Stelle zur Anwendung gebracht werden könnte. Er habe daher dem französischen Außenminister auf privatem Wege nahegelegt, einen ergänzenden Vertragsentwurf aufzusetzen, England, Sowjetrußland und Polen sollten zur Beteiligung daran eingeladen werden. Außer Lapal würden auch die Außenminister der anderen Länder während der Völkerbundsratssitzung in Genf in der nächsten Woche darüber befragt werden.

Es sei noch unbekannt, wieweit Laval diesen neuen Gedanken unterstütze, aber er werde, so meint der Korrespondent, anerkennen, daß es leichter für Mussolini sei, sich zu einer neuen Donaupolitik bereitzuerklären, wenn er gleichzeitig als Urheber eines noch größeren europäischen Friedensplanes erscheinen könne. In Warschau habe man bereits angefragt und in Moskau seien ebenfalls Sondierungen angestellt worden. Mit endgültigen Antworten sei aber vor der Rückkehr des polnischen und des sowjet-russischen Außenministers nach Genf nicht zu rechnen. Auch die englische Stellungnahme sei seit Bekanntwerden des neuen Planes noch nicht festgelegt worden und werde daher ebenfalls der Gegenstand weiterer ministerieller Unterhaltungen sein. Die englische Regierung sei sich allerdings wohl bewußt, daß die Sicherheitsfrage bei dem bevorstehenden Londoner Besuch von Laval und Flandin eine große Rolle spielen werde.

Paris habe klar zu verstehen gegeben, daß Frankreich zusätzliche Garantien für seine Sicherheit verlange, wenn es die deutsche Wiederaufrüstung in urkundlicher Form zu einem für Deutschland annehmbaren Stande anerkennen solle.

Der Zeitabschnitt nach der Saarabstimmung werde voraussichtlich von französischer Seite dazu benutzt werden, die ganze Frage der Rüstungsbegrenzung mit England durchzugehen. Unter diesen Umständen sei nicht beabsichtigt, die Abrüstungsbesprechungen in Genf vor Ende der ersten Februarwoche wieder aufzunehmen.

Die Verhandlungen in Rom.

▲ **Rom**, 5. Januar.

Die italienische Hauptstadt steht ganz im Zeichen des französischen Staatsbesuches und der Verhandlungen zwischen Laval und Mussolini, die heute vormittag 9,30 Uhr im Palazzo Venezia begonnen haben. Vor dem Gebäude hatte sich eine größere Menge Schaulustiger eingefunden. Nach der ersten Besprechung findet eine Unterbrechung des französischen Außenministers mit dem italienischen Staatssekretär im Außenamt, Suvich, statt. Um 11,30 Uhr folgt die Audienz beim König von Italien, um 12 Uhr das anschließende Frühstück an der königlichen Tafel zu Ehren des französischen Gastes.

Die Presse veröffentlicht ausführliche Berichte über die Ankunft Lavals und spricht von dem lebhaften Interesse, das die Bevölkerung Roms dem französischen Außenminister entgegen bringe. In den Kommentaren wird nochmals das Festhalten Italiens an seinen Freundschaften unterstrichen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Haupthindernisse zwischen Italien und Frankreich beseitigt würden und damit ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Festigung des Friedens getan werden könne. Die italienisch-französische Verständigung schließe durchaus nicht die Teilnahme der übrigen Großmächte an einer gemeinsamen europäischen Politik aus.

Paris mit dem Empfang Lavals zufrieden.

(!) **Paris**, 5. Januar.

Als Auftakt der französisch-italienischen Verhandlungen wird in der Pariser Morgenpresse die feierliche und freundschaftliche Aufnahme Lavals in Rom hervorgehoben. Man macht darauf aufmerksam, daß Mussolini als Regierungschef nach den Vorschriften des Protokolls nicht selbst hätte auf den Bahnhof zu kommen brauchen, um Pierre Laval, der dem Rang nach nur Minister sei, zu empfangen. Daß er es dennoch getan habe, sei eine besondere Höflichkeit zu Ehren Frankreichs. Zufrieden ist man in Paris auch über die Leitartikel, die die italienische Presse der Person des Außenministers Laval widmete.

Für die Stimmung sind die Sätze des „Petit Parisien" bezeichnend, der schreibt: „Der amtliche Empfang, den die italienische Regierung Außenminister Laval bereitet hat, enthält ein Höchstmaß von Höflichkeitsrücksichten, über die der französische Außenminister sehr gerührt ist und die für Frankreich eine prachtvolle Ehrung darstellt. Nichts ist gespart worden, damit sich der Abgesandte Frankreichs als der Gast eines wieder ganz zum Freunde Frankreichs gewordenen Landes fühlt, das den Wunsch hat, daß diese Tatsache nicht nur in Frankreich, sondern auch in der Welt bekannt wird."

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris", der ebenfalls nach Rom mitgereist ist, ist im Gegensatz zu seinen Kollegen von dem Empfang nicht sonderlich begeistert, der nach seinen Beobachtungen ziemlich zurückhaltend gewesen sei. Die Vivatrufe hätten schwach geklungen, wenn man auch behaupte, daß Laval besser empfangen worden sei als Macdonald. Mussolini und Laval, die beide den Akten nicht allzu große Bedeutung beilegten, hätten infolgedessen ziemlich große Bewegungsfreiheit, aber die Grenze der Zugeständnisse, die Frankreich machen könne, würde durch militärische Erfordernisse und durch die Freundschaften Frankreichs gezogen.

Der Erzbischof von Paris zum Besuch Lavals beim Papst.

DNB **Paris**, 5. Jan.

Der „Excelsior" veröffentlicht eine Erklärung des Erzbischofs von Paris, Kardinal Verdier, zum Besuch des französischen Außenministers beim Papst. Einleitend wird darauf hingewiesen, daß seit 1871 zum ersten Mal ein französischer Minister im Vatikan empfangen werde. Kardinal Verdier selbst erklärte:

„Die Geste Pierre Lavals ist eine Tat der Höflichkeit, die angebracht war. Ich glaube nicht, daß sein Besuch einen besonderen politischen Zweck hat. Aber ich bin auch nicht in die Geheimnisse der Götter eingeweiht. Ich bin jedoch überzeugt, daß die Zusammenkunft der beiden Männer, die jeder in seiner Art große Realisten sind, wohltuende Ergebnisse haben wird. Wenn Frankreich innerpolitisch aus der Krise herauskommen will, muß man außer den politischen und wirtschaftlichen Heilmitteln auch die moralischen Kräfte heranziehen. Außenpolitisch weist eine sich immer deutlicher abzeichnende Strömung die Völker gottseidank in der Richtung auf den Frieden. Papst Pius XI. hat oftmals gezeigt, daß er der Papst des Friedens ist. Deshalb können sich alle Franzosen über die Begegnung nur freuen."

Lawine verschüttet sieben Skiläufer.

Vier Leichen geborgen.

DNB **Bozen**, 5. Januar.

Bei einer Skitour auf die Marmolata (Dolomiten) wurde eine Gesellschaft von sieben Skiläufern aus München unter Führung des Skilehrers Luber durch eine Lawine verschüttet. Vier Teilnehmer wurden von den ungeheuren Schneemassen begraben. Ein italienischer Skiläufer, der gerade von der Marmolata abfuhr, leistete die erste Hilfe und alarmierte Bauern und die faschistische Miliz, die eine Hilfsexpedition ausrüsteten. Bei Fackelschein konnten vier Leichen, darunter der Skilehrer und zwei Damen, geborgen werden. Sie wurden in das Dorf Rocca Pietore gebracht.

Einer Privatmeldung zufolge handelt es sich bei den Verunglückten außer dem Skilehrer Luber um die Sportlehrerin Doris Gnodt aus Marienwerder und Fräulein Trude Fritz aus Ruhla und um den Kandidaten der Medizin Gottschalk aus München.

Wie weiter bekannt wird, ereignete sich das Unglück ganz knapp unterhalb der Fedaja-Scharte in der Marmolata. Der Münchener Skilehrer Luber, der dort einen Skikursus abhielt, hatte mit den Teilnehmern eine Uebungsfahrt unternommen. Die Neuschneelawine, die mit ungeheurer Wucht herniederstürzte, hatte eine Breite von etwa 200 m. Einer der Verschütteten konnte sich selbst aus den Schneemassen herausarbeiten, zwei weitere konnten noch lebend herausgeschaufelt werden. Von ihnen soll der eine leichtere Verletzungen erlitten haben. Die Leichen der auf so traurige Weise Verunglückten werden in die Heimat übergeführt werden.

Im Gebiet der Dolomiten waren in den letzten Tagen ergiebige Schneefälle eingetreten. Milde Witterung steigerte die Lawinengefahr erheblich.

Wegen volksschädigenden Verhaltens in Schutzhaft genommen.

Schwerer Mißbrauch mit nationalsozialistischem Gedankengut auf dem Gebiete des Heilmittelwesens.

DNB **München**, 5. Januar.

Durch die bayrische politische Polizei wurden die Inhaber der Firma Leopold Kopetzky, chem.-tech. und chem.-pharm. Artikel in München, Hohenzollernstraße 77, Ittner, Mayr und Kopetzky, sowie der Vertreter Weiß wegen volksschädigenden Verhaltens in Schutzhaft genommen und zum Teil dem Konzentrationslager Dachau zugeführt, um weiteren Schaden zu vermeiden. Sie vertrieben angebliche Heilmittel, die in Wirklichkeit keinerlei praktischen Wert hatten, und machten auf dem flachen Lande für ihre Artikel in Vorträgen Reklame, wobei sie sich der nationalsozialistischen Gedankengänge über Volksgesundheit usw. und auch der Namen einiger Reichsminister in weitestgehendem Maße bedienten, um dadurch die Bevölkerung zu beeinflussen und zum Kauf der angebotenen Mittel zu bewegen. Durch chemische Untersuchung wurde festgestellt, daß ein u. a. vertriebenes Bademittel „Diana-Badetur" fast ausschließlich aus Terpentinöl und Schmierseife bestand. Für dieses Mittel, das lediglich als Körperreinigungsmittel einigen Wert hatte, verlangte die Firma 22 RM für die Packung bei einem Herstellungspreis von 2,20 RM. Besonders verwerflich ist, daß durch die Machenschaften der Firma ausschließlich Kranke und minderbemittelte Volksgenossen geschädigt wurden, die von den angebotenen Heilmitteln Linderung und Heilung erwarteten. Es ist bekannt, daß gerade auf dem Gebiet des Heilmittelvertriebes noch schwere Mißstände herrschen, die nur durch rücksichtsloses Durchgreifen mit schwersten Strafen abgestellt werden können. Auf keinen Fall kann geduldet werden, daß sich einige wenige auf Kosten armer und kranker Volksgenossen finanziell gesund machen.

New-York in ungewohnter Sicht.



Unser Bild zeigt zum erstenmal den Verlauf des durch Newyork fließenden East River, der mit der infraroten Strahlenphotographie aufgenommen wurde. Bei der Ausfahrt über diesen Strom ereignete sich das schwere Schiffsunglück, von dem wir gestern in Wort und Bild berichtet haben.

Spanische Streiflichter.

Von unserem Madrider Mitarbeiter.

Kko **Madrid**, Anfang Januar.

Bekanntlich hat die republikanische Verfassung in Spanien, die durch eine marxistische Zufallsmehrheit seinerzeit zustandekam (Neuwahlen haben bekanntlich inzwischen das Bild gründlich geändert) den religiösen Orden das Recht der Unterrichtserteilung entzogen. Das Kongregationsgesetz, das gewissermaßen Ausführungsbestimmungen zu dem in Frage kommenden Verfassungsartikel darstellt, verordnete im Juni 1933, daß die Regierung die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen habe, um in allen drei Unterrichtsstufen den Laienunterricht an die Stelle des Unterrichts durch Ordenslehrkräfte zu setzen. Als das zur Zeit im Amte befindliche Kabinett Lerroux gebildet wurde, wurden gegenüber den gemäßigten Elementen der Mehrheit, der Accion Popular (der Katholischen Volksaktion) gewisse Verpflichtungen eingegangen, die es diesem rechten Flügel gestatten sollten, das Unterrichtsbudget zu bewilligen. Die Versprechungen bewegten sich hauptsächlich auf dem Gebiete des Mittelschulunterrichts. Außerdem reichte die bei den Neuwahlen siegreich gewesene Rechte sofort beim Zusammentritt der Cortes den Antrag ein, die Anwendung des Gesetzes zur systematischen Einführung des Laienunterrichts auszusetzen, weil das Volk deutlich seinen Widerwillen gegen die Verweltlichung der wertvollen Ordensschulen gezeigt habe.

Die Accion Popular warf durch ihren Führer Gil Robles in den Debatten über das Unterrichtsbudget dem Unterrichtsminister Villalobes vor, daß er sich an die damals gegebenen Versprechungen nicht halte, sondern rücksichtslos auf eine radikale Verweltlichung des Unterrichts hinsteuere. Gil Robles griff die Unterrichtspolitik Villalobes' nicht nur wegen ihrer Tendenz, sondern auch wegen ihrer finanziellen Folgen an: Spanien, führte er aus, kann sich gar nicht leisten, ein neues Schulsystem aufzubauen, umsoweniger als es ein durch seine Leistungen angesehenes wohlausgebautes System von Ordensschulen besitzt.

Der Unterrichtsminister Villalobes ist inzwischen zurückgetreten und dadurch zunächst eine Krise verhütet worden. Es herrscht aber kein Zweifel darüber, daß die folgende Ernennung Dualdes zum Unterrichtsminister keine Lösung des Problems bedeutet. Dualde gehört der gleichen Zwergpartei der Liberaldemokraten Villalobes an, in der Logeneinflüsse vorherrschen, und er wie die Partei des Ministerpräsidenten Lerroux haben den Laienunterricht in ihrem Programm. Die Lage spitzt sich infolgedessen so zu, daß die Endschlacht in einem neuen Wahlkampf geschlagen werden dürfte, der sich um die Schulfrage drehen wird.

★

Die spanische Presse meldet unter der Ueberschrift „Azanja-Konflikt im Kabinett Lerroux" eine Art Ultimatum, das die drei zur Accion Popular gehörigen Minister an den Ministerpräsidenten gerichtet haben. Es handelt sich nicht um eine eigentliche Rücktrittserklärung, wie sie z. B. von der Agentur „United Preß" ins Ausland gemeldet wurde, sondern um die Erklärung, daß sie nicht weiter im Amte bleiben könnten, wenn im Gefolge des Freispruches des gewesenen Ministerpräsidenten Azanja durch den Obersten Gerichtshof nicht einige Reformen beschleunigt durchgeführt würden.

Die drei Minister führen in Uebereinstimmung mit dem Führer der Accion Popular, Gil Robles, den Freispruch darauf zurück, daß die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes seinerzeit von Azanja selber ernannt worden sind und seiner marxistenfreundlichen Richtung angehören. Sie fordern daher, daß der schon in einer Corteskommission liegende Entwurf der Reform dieses Gerichtshofes beschleunigt beraten werde und auch ebenso rasch vor das Plenum der Cortes gelange.

Wie man sieht, handelt es sich hier keineswegs um unerfüllbare Forderungen. Es heißt auch in der der Regierung Lerroux nahestehenden „Ahora", die Regierung habe gegen die beschleunigte Erledigung des Gesetzentwurfes nichts einzuwenden. (Angesichts der Gerüchte, daß das Kabinett Lerroux wegen der Freilassung des früheren Ministerpräsidenten Azanja durch Entscheid des Obersten Gerichtshofes unter der Rücktrittsandrohung der drei Minister aus der Accion Popular erschüttert sei, ist ein Bericht des „Temps" aus Madrid recht bemerkenswert. Es heißt in diesem Bericht vom Jahresende: „Der Einfluß von Gil Robles wächst rapid im Lande. Bereits beherrscht der Führer der Accion Popular die Lage, und man sieht den Augenblick kommen, wo er imstande sein wird, selber die Macht zu ergreifen, nämlich nach neuen Wahlen, wo er der Hilfe der Radikalen des Herrn Lerroux entraten kann. Dieser ist ein zu gewiegter Politiker, als daß er dieses Risiko nicht sehen würde." Die Schriftleitung).

★

Der Entscheid des Obersten Gerichtshofes, der den früheren Ministerpräsidenten Azanja in Freiheit setzte, ist nach dem Hauptorgan der Volksaktion „El Debate" zwar ein juristischer Entscheid, dem sich jeder Spanier beugt, er ist aber auch nach dem Wortlaut dieser Entscheidung nicht der Abschluß der Angelegenheit. Der Oberste Gerichtshof, dessen zweite Kammer die Ent-

scheidung fällte, hat erklärt, daß keine ausreichenden konkreten Beweisstücke für die direkte Schuld Azanjas an der katalonischen und marxistischen Erhebung vor einigen Monaten vorlägen. Es verweist dieser Entscheid aber selber auch auf die Möglichkeit der Fortuntersuchung des Falles durch andere kompetente Stellen. Dazu gehören ganz bestimmt eine Untersuchung durch die Cortes selber, besonders um herauszufinden, was Azanja durch die Erlaubnis der Waffeneinfuhr für die Marxisten gesündigt habe. Es brauche, schreibt das Blatt, keinerlei „Verfolgung" platzzugreifen, aber es müsse reiner Tisch gemacht und die Ermöglichung des marxistischen Aufstandes ergründet werden.

*

Der zur Katholischen Volksaktion gehörige Unterstaatssekretär der Justiz, Don Ceballos, sprach in einer Versammlung über den „künftigen Staat" nach der Auffassung seines Parteiführers Gil Robles. Es handle sich, führte Don Ceballos aus, um den Staat „von morgen für morgen", wenn die Accion Popular uneingeschränkt zur Macht gelangt sei. Da der liberalistische Staat Bankrott gemacht habe, müsse etwas Neues an seine Stelle gesetzt werden, es genüge aber nicht, den Staat zu Experimenten à la Meerschweinchen zu benützen. Fort mit dem konstitutionellen Laizismus und seinen Ausläufern ins Gebiet der Justiz, des Unterrichts und der öffentlichen Ordnung, fort mit der Humanitätsduselei bei der Bestrafung von Terroristen. Der künftige Staat werde nicht dulden, daß aus den Gütern der Klöster sich ein Skandal entwickle, den man im (französischen) Nachbarlande als den „Milliardenskandal" kenne. Er rufe aber im Namen von Gil Robles auch der äußersten Rechten zu, es sei der Sieg über die marxistische Linke nicht dazu erfochten worden, um nun den arbeitenden Klassen die Löhne zu kürzen. Das werde und müsse aufhören, wenn die Katholische Volksaktion an die Macht gelangt sei. Das arbeitende Spanien stehe fest hinter Gil Robles, dem immer mehr auch die von den Roten irregeleiteten Arbeiter vertrauen. Der künftige Staat werde neben einer Volksvertretung auf der Basis der Verhältniswahl einen Senat nach „klug abgewogenem korporativem Charakter" haben. Der Schwatzhaftigkeit in der Kammer würden von vornherein durch ein eisernes Reglement Riegel vorgeschoben werden. In der Schulfrage werde gerecht vorgegangen werden: kein katholischer Vater solle einen Centimo für Laienschulen zu bezahlen brauchen. Die öffentlichen Unterrichtsgelder würden nach der Besuchsziffer gerecht über katholische und Laienschulen verteilt werden. Man wisse jetzt schon, wie gering an Zahl die Familien sein würden, die ihre Kinder in die gottlosen Schulen schicken.

Ceballos schloß mit der vielbeachteten Bemerkung, Spanien lebe zur Zeit wie auf einem Pulverfaß, an das irgendwelche Illoyalität die brennende Lunte legen könne. Jeder nehme seine Verantwortung auf sich. Um Gil Robles stehe aber die ganze Volksaktion gleich einem ehernen Gürtel, der zum Rettungsgürtel für das bedrängte Spanien werde.

Verlegtes Sommersemester 1935.

Die Einteilung der Studiensemester und der Ferien an den Universitäten wird in kurzer Zeit neu geregelt werden. Für das Sommersemester dieses Jahres ist eine vorläufige Regelung getroffen worden. Danach schließt das jetzt laufende Wintersemester bereits am 15. Februar, während das Wintersemester sonst bis Ende Februar dauert. Das Sommersemester beginnt einen Monat früher als sonst, nämlich am 1. April, und schließt dafür einen Monat früher, nämlich am 29. Juni. Zu Ostern, welches Fest regulär in die Semesterferien gefallen wäre (21. und 22. April), gibt es keine Ferien, ebenso nicht zu Pfingsten.

Wichtig ist die Bestimmung, daß im Sommersemester keine neuen Studenten immatrikuliert werden.

Vier memelländische Abgeordnete im Landtag verhaftet.

Neuer Rechtsbruch durch den Gouverneur.

DNB **Memel**, 5. Januar.

Ueber die gestrige Sitzung des Memelländischen Landtages wird noch ergänzend berichtet: Wie gemeldet, hatte der Alterspräsident des Landtages nach der Verlesung der Erklärungen eines Abgeordneten der Landwirtschaftspartei und eines Abgeordneten der Volkspartei die Sitzung auf zehn Minuten vertagt. Nach Ablauf dieser Frist wollten die Abgeordneten sich wieder in den Sitzungssaal begeben, fanden ihn aber wie am 29. Dezember verschlossen. Sämtliche Abgeordnete begaben sich darauf in das Landtagsbüro.

Bald darauf erschien der Leiter der litauischen politischen Polizei und verlangte die Herausgabe der vier Abgeordneten, die auf Grund der Bestimmungen des Wahlgesetzes für ausgeschiedene Abgeordnete nachgerückt waren. Der amtierende Schriftführer wies dieses Ansinnen unter Hinweis auf die Immunität der Abgeordneten zurück, worauf der Polizeibeamte drohte, Gewalt anwenden zu müssen. Unter Protest mußte der Schriftführer der Gewalt weichen, und es wurden die vier Abgeordneten durch die Polizei abgeführt. Die zurückgebliebenen Abgeordneten haben daraufhin einen scharfen Protest gegen die Vergewaltigung des Landtages unter Anwendung von Polizeigewalt an den Gouverneur gerichtet.

Nachzutragen ist ferner noch, daß der zur Landtagssitzung nicht erschienene Abgeordnete Wittösch zwar krank ist, aber doch zur Sitzung kommen wollte. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß er höchstwahrscheinlich durch die politische Polizei daran gehindert worden ist.

Um einen Zusammentritt des Memelländischen Landtages für die nächste Zeit zu verhindern, hat der Gouverneur durch einen Akt vom 4. Januar die außerordentliche Tagung des Landtages für geschlossen erklärt. Mit dieser Maßnahme soll das unausbleibliche Mißtrauensvotum gegen das unrechtmäßige Direktorium Bruvelaitis überhaupt verhindert und diesem eine längere Amtsdauer verschafft werden.

Walzertakte „militärische Kommandos".

Ein Krüppel als „Aufständischer" angeklagt

DNB **Kowno**, 5. Januar.

Die Vernehmung der Angeklagten im Memelländer-Prozeß geht allmählich ihrem Abschluß entgegen. Zum 7. Januar sind bereits die ersten Zeugen zum Verhör geladen.

In der Freitag-Sitzung wurden lediglich die Angeklagten der Jugendgruppen befragt, die in der Anklage als militärische Organisationen hingestellt werden. Alle Angeklagten verneinen entschieden, daß ihre Jugendvereinigungen auch nur im geringsten ein militärähnliches Gebilde gewesen seien. Sodann erschien vor dem Gericht ein Schwerkriegsbeschädigter auf Krücken, ein Lehrer, dem der rechte Fuß abgenommen und der linke verwundet worden ist, der ferner einen Lungenschuß erhalten und später einen Rippenbruch erlitten hatte. Er stellte dem Gericht anheim zu beurteilen, was für ein Aufständischer er sein könnte. Die Anklage beschuldige ihn, an militärischen Uebungen auf dem Felde teilgenommen zu haben. Das sei vollkommen ausgeschlossen, da er sich in seinem Fahrstuhl kaum auf ebener Erde bewegen könne. Ein weiterer Angeklagter, ein Tanzlehrer, der ebenfalls der Teilnahme an militärischen Uebungen beschuldigt wird, erklärte, seine Kommandos beim Tanz glichen tatsächlich militärischen Kommandos. Er habe immer mit eins, zwei, drei den Takt des Tanzes kommandiert, aber auch die litauische Geheimpolizei habe an solchen „Uebungen" teilgenommen.

Einige Angeklagte sagten aus, daß sie für das in der Anklage angeführte Vergehen — es handelt sich hierbei um einen Ausflug in einen Wald, bei dem Marschübungen vorgenommen worden sein sollen — bereits vom Kommandanten des Memelgebietes mit je drei Monaten Arrest bestraft worden seien. Es sei ihnen unklar, weswegen sie sich nunmehr vor Gericht zu verantworten hätten. Sie wüßten auch nicht, weshalb sie elf Monate im Gefängnis gesessen hätten.

Am Sonnabend sollen die übrigen Angeklagten verhört werden. Bei der letzten Gruppe handelt es sich um die des Mordes an dem Gerichtswachtmeister Jesuttis Beschuldigten. Dieser Fall wird in der Anklage als Beweis für das Bestehen eines Femegerichtes bei der Sovog hingestellt. Der Vernehmung dieser Angeklagten wird mit großer Spannung entgegengesehen.

Bemerkenswert ist, daß im bisherigen Verlauf des Prozesses die Frage der Beschlagnahme von Waffen außerordentlich zurückhaltend behandelt wurde. Die im Gerichtssaal aufgestellten Kisten mit beschlagnahmten Waffen sind noch nicht geöffnet worden. Bei der Vernehmung der Angeklagten stellte es sich heraus, daß die Polizei bei der Beschlagnahme der Waffen vielfach nicht nach dem Waffenerlaubnisschein gefragt hat.

200 000 Arbeitsdienstmänner für das neue Landeskulturwerk.

Existenzmöglichkeiten für 3,6 Millionen Menschen.

✓ **Berlin**, 5. Januar.

Ueber die Bedeutung und Auswirkung des in Angriff genommenen großen Landeskulturwerkes macht Reichsabteilungsleiter Dr. Krohn vom Reichsnährstand interessante Mitteilungen. Ebenso wie der Ausbau des Straßennetzes das Zeichen eines aufstrebenden und hochstehenden Volkes sei, sei dies in der gleichen Weise auch die Pflege der Wasserwirtschaft und der Landeskultur. Sowohl bei den Autobahnen wie in der Landeskultur werde bisher brachliegende Arbeitskraft in Vermögen umgewandelt. Ebenbürtig stehe heute das Werk der Landeskultur neben dem Ausbau des Verkehrsnetzes in der Arbeitsbeschaffung. Die Gesamtfläche deutschen Bodens, der in irgend einer Weise kulturbedürftig ist, berechnet der Referent auf 28,5 Millionen Hektar. Die Gesamtkosten sind auf rund 12 Milliarden Mark zu schätzen, womit in der Landeskultur rund 1500 Millionen Tagewerke geleitet werden können. Die Gesamtzahl der Tagewerke bedeute für rund 560 000 Mann eine Arbeit auf etwa 10 Jahre oder bei geringerem Einsatz eine entsprechend längere Zeit. Der Referent kündigt an, daß der Einsatz des Arbeitsdienstes für die Landeskultur über das bisherige Maß hinaus noch verstärkt werden soll. Es werde erstrebt, 190 000 bis 200 000 der gesamten Arbeitsdienstbelegschaft im Landeskulturwerk unterzubringen. Nach Durchführung des gesamten Landeskulturwerkes werde für 3,6 Millionen berufstätige deutsche Menschen neue Lebensmöglichkeit geschaffen sein.

Es geht aufwärts bei der Reichsbahn.

✓ **Berlin**, 5. Januar.

Die Deutsche Reichsbahn veröffentlicht einen vorläufigen Rückblick über das Jahr 1934. Die kräftige Aufwärtsentwicklung im deutschen Wirtschaftsleben, heißt es darin, die dank der mit ihr verbundenen Verkehrsbelebung schon 1933 den in den Jahren 1930 bis 1932 ständig zu verzeichnenden Einnahmerückgang der Reichsbahn zum Stillstand gebracht hatte, hielt 1934 an. Das Jahresergebnis der Gesamteinnahmen wird um rund 15 v. H. höher ausfallen als im Jahre 1933. An diesem Anstieg der Einnahmen nahmen diesmal erfreulicherweise auch der Personen- und Gepäckverkehr teil, der mit etwas über 900 Millionen RM. Einnahmen gegenüber 845,9 Millionen RM. im Geschäftsjahr 1933 abschließen wird. Den entscheidenden Anteil am Einnahmezuwachs des Jahres 1934 hat der Güterverkehr. Er wird voraussichtlich über 300 Millionen RM. oder 19 v. H. mehr einbringen als 1933. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß der Güterverkehr in jedem Monat eine dem Jahresanteil entsprechende und ziemlich gleichmäßige Einnahmemehrung gegenüber 1933 zu verzeichnen hat. Gerade diese Stetigkeit in der Einnahmegestaltung des Güterverkehrs läßt die schon angedeuteten Rückschlüsse auf die dauerhafte Wirksamkeit des von der Reichsregierung herbeigeführten Konjunkturumschwungs in der deutschen Wirtschaft berechtigt erscheinen. Auch die sonstigen Einnahmen glitten im Gegensatz zu früheren Jahren in 1934 nicht weiter ab. Dank dem geschilderten Einnahmezuwachs wird es 1934 — anders als 1932 und 1933 — wieder gelingen, die Betriebsrechnung ohne Fehlbetrag, wahrscheinlich sogar mit einem (allerdings noch nicht sehr großen) Ueberschuß abzuschließen.

Leidenschaftliche Anklagen gegen Knox.

Protestkundgebung gegen die Methoden der Regierungskommission

DNB **Saarbrücken**, 4. Jan.

Die letzten Terrorfälle der Emigranten und Status-quo-Kreise haben die Deutsche Front zu einer neuen wuchtigen Versammlungswelle veranlaßt. Im überfüllten Saale der Wartburg sprach am Donnerstagabend der stellvertretende Landesleiter der Deutschen Front, Nietmann.

In aller Deutlichkeit und ohne jede Umschweife rechnete Nietmann mit den hiesigen Regierungsmethoden ab. Offen sprach Nietmann aus, wie groß die Verantwortung des Saarpräsidenten eines Tages werden mußte, da er sich nicht rechtzeitig zu einem energischen Zugriff entschloß, was vor allem zur Voraussetzung gehabt hätte, daß er sich freimachte von jenen Beamten und Menschen, die hier an der Saar aber auch garnichts zu suchen hatten.

Der Präsident Knox hat eine Fühlung mit der rein deutschen Bevölkerung weder gesucht, noch überhaupt gewollt.

Eingehend befaßte sich der Redner sodann mit dem zunächst im Schnellzugstempo gegen die Führer des Saardeutschtums eingeleiteten Prozeß vor dem Obersten Abstimmungsgerichtshof, zu dem die Beschuldigten telegraphisch zu Vernehmungen beordert wurden, bis dann wenige Tage vor dem festgesetzten Beginn unerwartet eine Aufschiebung des Prozesses erfolgte. Eindeutig stellte der Redner fest, um was es in diesem leider ausgebliebenen Prozeß ging. Es drehte sich darum, daß das bei den bekannten Beschlagnahmungen in den Geschäftsräumen der Deutschen Front gefundene sogenannte „Material" nicht der sachlichen Prüfung zugeführt wurde, die eine objektive Bearbeitung erforderte.

Es drehte sich ferner darum, daß der von der Regierungskommission mit der Sichtung und Bearbeitung des beschlagnahmten Materials beauftragte „Klub um Ritzel" in Aktion gesetzt wurde, der aus Leuten besteht, deren entscheidender Lebensinhalt der Haß und die Feindschaft gegen die heutige politische Ordnung in Deutschland ist.

Nietmann stellte nochmals fest, daß drei Emigranten, ein Franzose und vier Status-quoler mit der Sichtung beauftragt wurden. Nicht zuletzt drehte es sich bei dem abgesagten Prozeß darum, ob die Behauptungen der Denkschrift der Deutschen Front auch in der Richtung richtig sind, daß das bei der Deutschen Front beschlagnahmte Material zur Kenntnis derjenigen Presse gelangen und von ihr ausgearbeitet werden konnte, die außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft steht. Offen sprach Nietmann aus, daß er restlos für den Wahrheitsbeweis geradestehe und in jeder Richtung zur Verfügung sei.

Freimütig sprach der Redner sodann die allgemeine Verurteilung des französischen Direktors des Innern, Heimburger, aus, der nach Auffassung der gesamten Saarbevölkerung Jahre hindurch der böse Geist des Saargebiets gewesen sei, eine Tatsache, die weniger auf seiner Befähigung als auf seiner Gesinnung beruhe. Er sei der oberste Polizeibeamte des Saargebiets, die oberste Stelle der gesamten Ordnungsorgane.

Er trage die Verantwortung dafür, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Maßnahmen der Regierungskommission, soweit sie auch nur an die Polizei grenzen, endgültig verloren sei und nie mehr wiederkehre.

Die Auslassungen Nietmanns gipfelten schließlich in einer freimütigen und offen gegen den Präsidenten Knox erhobenen Anklage, in der er u. a. ausführte: Die Zustände im Saargebiet, Herr Knox, bedingten ohne Zweifel eine Auswirkung, die sich gegen die deutsche Bevölkerung richten mußte, auf der anderen Seite aber den Menschen, die überhaupt nichts hier zu suchen hatten, in nicht zu verantwortender Weise Auftrieb verschafften.

Im Saargebiet hat in diesen Tagen niemand sich um das Geschick der zukünftigen Zugehörigkeit zu bekümmern, der nicht das Recht hat, an dem Abstimmungstag sich zu einer Frage zu bekennen, die ihm selbst allein nur durch das Recht des Versailler Vertrages zugebilligt wurde.

Die Deutsche Front hat wiederholt allen verantwortlichen Stellen erklärt: Es gibt keine Unruhe, und es gibt keine Beeinflussung der Abstimmung, es gibt keine Störung am Abstimmungstage, wenn nur die abstimmungsberechtigte Bevölkerung in diesem Abstimmungskampf das Wort hat. Es gäbe keine Status-quo-Propaganda, wenn nicht nichtabstimmungsberechtigte Emigranten und Lothringer Kommunisten noch die Duldung hoher Protektoren fänden. Der 13. Januar wird für uns sein die Erfüllung unserer Sehnsucht, die Rückkehr in das Reich, in den Staat des deutschen Aufbaues und des Rechts, **als dessen lebendige Glieder wir uns fühlen.**

Der Saarbevollmächtigte spricht in Kaiserslautern.

DNB **Neustadt a. H.**, 5. Januar.

Der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers, Gauleiter Bürckel, spricht am 11. Januar 1935, 20 Uhr, in einer öffentlichen Kundgebung in der Fruchthalle zu Kaiserslautern vor den Vertretern der in- und ausländischen Presse über das Thema: „Am 13. Jan.: Den Weg frei zur Verständigung!" Die Rede wird über alle deutschen Sender übertragen.

Raubmord im Kassenraum des Breslauer Domkapitels.

Der Rendant erschossen aufgefunden.

DNB **Breslau**, 5. Januar.

Hinter den Schaltergittern der Kasse des Breslauer Domkapitels wurde heute früh um 9,45 Uhr der Rendant Richard Malich erschossen aufgefunden. Wie festgestellt wurde, hat der 57jährige Mann einen Herzschuß durch eine kleinkalibrige Waffe erhalten. Die Telefonleitung war durchschnitten. Wie hoch der geraubte Geldbetrag ist, muß die Untersuchung ergeben. Der Tat dringend verdächtig sind drei junge Leute Mitte der 20er Jahre, die gesehen worden sind, als sie die Kasse verließen.



Der neue Gouverneur der Bank von Frankreich.

Gouverneur Moret, der jahrelange Leiter der französischen Staatsbank, ist von seinem Amt zurückgetreten und wurde bei seinem Rücktritt zum Ehrengouverneur ernannt. Sein Nachfolger ist M. Tannery, der mit großer Stimmenmehrheit gewählt wurde.

Großfeuer in Staßfurt.

DNB **Magdeburg**, 5. Januar.

Am Freitag abend brach in einem Lagerschuppen des Berlep-Schachtes in Staßfurt ein Großfeuer aus, das so schnell um sich griff, daß der große, 38 Meter lange und 20 Meter breite Schuppen vollkommen vernichtet wurde. Der Schuppen, der ganz in Holzkonstruktion gehalten ist, barg 300 Ztr. Kainit. Das Kainit hatte einen Wert von 125 000 Mark, der Schuppen einen solchen von 200 000 Mark, so daß der Schaden insgesamt 325 000 Mark betragen dürfte.

Im Alter von 102 Jahren gestorben.

DNB **Husum**, 5. Jan.

Die älteste Einwohnerin der Stadt Husum, die Witwe Ralf, ist im Alter von fast 102 Jahren gestorben. Am 15. Februar hätte sie ihren Geburtstag gefeiert.

Hohe norwegische Auszeichnung für die Retter von der „Newyork".

× **Oslo**, 5. Jan.

Im Staatsrat beim König beschloß die norwegische Regierung, der gesamten elf Mann starken Besatzung des Rettungsbootes des Hapag-Dampfers „Newyork", das die Schiffbrüchigen des norwegischen Dampfers „Sisto" barg, die höchste Auszeichnung hierfür, die „Medaille für edle Tat" in Gold, zu verleihen.

Diese Auszeichnung ist selten und in den letzten 30 Jahren nur acht Norwegern und keinem Ausländer zuteil geworden. Den Kapitänen der vier anderen am Rettungswerk beteiligten Schiffe „Europa", „Gerolstein", „Mobil Oil" und „Aurania" sollen silberne Erinnerungsstücke überreicht werden. Außerdem hat der norwegische König den Kapitän der „Newyork", Kommodore Kruse, zum Kommandeur zweiter Klasse des St. Olav-Ordens ernannt.

Gefängnis für den früheren Ministerpräsidenten Marsal.

(!) **Paris**, 5. Januar.

Das Pariser Strafgericht verurteilte den ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Francois Marsal wegen Vertrauensmißbrauchs zu 18 Monaten Gefängnis und 20 000 Franken Geldstrafe. Francois Marsal hatte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Westafrikanischen Handelsgesellschaft (Société Commercielle de l'Quest Africain) die ihm anvertrauten Gelder dazu benutzt, eine andere Gesellschaft zu unterstützen, um aus deren Gewinnen an der Börse Nutzen zu ziehen. Der ehemalige französische Ministerpräsident wurde jedoch vom Gericht nicht als Hauptschuldiger angesehen. Man warf ihm aber vor, als Vorsitzender des Aufsichtsrates nicht die genügende Ueberwachung des Geschäftsganges der Gesellschaft durchgeführt zu haben.

Neues in Kürze.

Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler besuchte am Freitag in Begleitung von Reichsminister Dr. Goebbels die Atelieranlagen der Ufa in Neubabelsberg und nahm dabei Gelegenheit, die Bauten des neuen Films „Barcarole" zu besichtigen und einigen Aufnahmen dieses Films beizuwohnen. Auch die Dekorationen zu dem Film „Amphitryon" fanden Interesse. Besondere Aufmerksamkeit fanden auch die Aufnahmen mit der Zeitrafferapparatur in der biologischen Station der Kulturabteilung.

Der Führer und Reichskanzler hat dem Geheimen Hofbaurat Prof. Bodo Ebhardt auf der Marksburg bei Braubach am Rhein in Anerkennung seiner Verdienste um die Erforschung, Erhaltung und Wiederherstellung deutscher Burgen die Goethe-Medaille für Wissenschaft und Kunst verliehen.

Der evangelische Reichsbischof hat für Sonntag ein Fürbittgebet für die Volksgenossen an der Saar angeordnet.

Wie im „Evangelischen Deutschland" mitgeteilt wird, hat der Reichssender Hamburg die Uebertragung von Gottesdiensten im Rundfunk grundsätzlich abgelehnt, da, wie er in einem Schreiben an eine kirchliche Stelle erklärt, die Darbietungen von Gottesdiensten eine Angelegenheit der Kirche und nicht des Rundfunks sei.

Beim Leunawerk ist eine neue Einrichtung getroffen worden, um das Vertrauensverhältnis zwischen Betriebsführung und Gefolgschaft zu festigen und die Betriebsgemeinschaft zu vertiefen. In regelmäßigen „Stunden der Aussprache" erhält jedes Gefolgschaftsmitglied Gelegenheit, seinen Betriebsführer allein und ungestört zu sprechen. Wünsche, Sorgen und Anregungen ohne besondere Anmeldung vorzubringen und mit dem Betriebsführer zu erörtern.

Die Gattin des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Azana, der wegen Anteilnahme an dem letzten Aufstandsversuch verhaftet worden war — vor kurzem aber wieder freigelassen worden ist — gewann in der spanischen Weihnachtslotterie den Haupttreffer von 3½ Millionen Peseten.

Nach einer Meldung aus Saloniki wurden in Seres, Dedeagatsch und Xanthi stärkere Erdstöße verspürt, die glücklicherweise keinen Schaden anrichteten.

Nach den letzten Meldungen sind dem am Donnerstag erfolgten Hauseinsturz in Mailand zehn Arbeiter zum Opfer gefallen.